

Dresdner Volkszeitung

Vollständiger Postfach- und Adressenverzeichnis, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. K. K. Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7-spaltige Komparativzeile 50 Pf., davon 40 Prozent Zeuerungsbeitrag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgelieferten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 126.

Dresden, Mittwoch den 4. Juni 1919.

30. Jahrg.

Beratungen im Biererrat. — Die Schuld an der Revolution.

Wie der Telegraph aus Paris erfährt, hat am Montag nachmittags der Rat der Vier zum erstenmal die deutschen Gegenentwürfe untersucht.

Weder die Absichten und Bestrebungen der Entente-Männer bringen noch wie vor die verschiedenen Gerichte an die Öffentlichkeit. Bald wird gemeldet, daß Wilson für größere, Clemenceau für geringere Änderungen der Bedingungen sei, dann soll es Wilson sein, der energisch gegen eine Abänderung der Bedingungen auftritt. Jetzt soll wieder Lloyd George eine Kampagne zugunsten von Zugeständnissen begonnen haben, um Wilson und Clemenceau zu Zugeständnissen zu bringen, eine Meldung, die vom Main energisch demontiert wird. Viel ist auf dieses Rätselraten nicht zu geben, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Herren vom Biererrat jemand auf die Nase binden, was sie gegenüber den deutschen Gegenentwürfen zu tun gedenken. Wirklich sind sie sich selbst noch nicht klar, was sie tun sollen. Man kann schon glauben, daß ihnen die deutschen Gegenentwürfe einiges Kopfzerbrechen verursachen. Denn darüber dürften sich die Herren klar sein, daß sie sich mit ihren Forderungen, die sie an Deutschland stellen, allzusehr in Widerspruch mit dem setzen, was sie selber selbst oft genug gesagt haben.

Zum Ueberflus hat es der Präsident Wilson wieder einmal für notwendig gehalten, in einer schönen Rede den Ton anzuschlagen, den wir während des Kriegs so oft von ihm gehört haben. Bei einer Gedächtnisfeier zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen hielt er eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte, die Gelebten seien nicht über den Ozean gekommen, um Deutschland und seine Verbündeten zu schlagen. Sie wollten die Gewalt, die die Mittelmächte darstellten, aus dem Wege räumen, von der sie gehört hätten, daß sie eine Herrschaft der Unmähigkeit und der Selbstsucht in der ganzen Welt errichten wollten. Endlich seien sie gekommen, um daran mitzuwirken, daß nie wieder ein ähnlicher Krieg unterommen werde. Er wies darauf hin, daß der Staatsmännern die Idee eingeführt habe, einen Völkerverbund zu schaffen, und nicht nur eine Art Friedensschutz herbeizuführen.

Sollte Herr Wilson sich wirklich nicht darüber klar sein, daß der Friedensschutz, wie er nach den Forderungen der Entente Deutschland auferlegt werden würde, wahrhaftig nicht geeignet ist, die Welt vor einem zukünftigen Kriege zu schützen, sondern daß er einen Unruheherd schafft, der für die ganze Welt verhängnisvoll sein muß.

Die Herren vom Biererrat haben wahrlich alle Ursache, sich genau zu überlegen, ob sie nicht gut tun, auf die deutschen Gegenentwürfe einzugehen. Es mag sein, daß sie mit Jubel begrüßt werden würden, wenn sie ihren Willern einen Frieden heimbrächten, durch den Deutschland vollkommen zu Boden gedrückt wird. Aber die Ermächtigung wird bei den Ententevölkern kommen. Sie werden sehen, daß die Erdrostellung Deutschlands keinen Gewinn für sie bedeutet, daß Deutschland, wenn der Weltfrieden, den die Entente fordert, ihm aufgegeben wird, nicht dazu beitragen kann, die gewaltigen Lasten zu mildern, die auch die Ententevölker, besonders Frankreich, infolge des Kriegs zu tragen haben werden, und wenn den Willern auf der Gegenseite die Augen darüber aufgehen, was ihre Staatsmänner in Paris angestrichelt haben, so werden sie diese Leute zur Rechenschaft ziehen, auch wenn sie die Herren jetzt noch so sehr als triumphierende Sieger betrachten.

Ausicht darauf, eine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen, haben wir freilich nur, wenn wir möglichst deutlich zum Ausdruck bringen, daß in Deutschland ein völlig neuer Geist eingezogen ist. Wir würden sehr leicht handeln, wenn wir der Wahrheit zuwider so tun würden, als wenn das alte Deutschland ein unerschütterliches Lam gewesen wäre, das an dem Ausbruch des Weltkrieges auch nicht die geringste Schuld gehabt habe. Deshalb erfordert es nicht nur die Ehrlichkeit, sondern auch die Klugheit, daß wir die Sünden, die die alte Regierung begangen hat, zugeben, und deswegen ist es auch richtig, daß in der deutschen Note über die Schuldfrage die deutschen Verfehlungen, soweit solche wirklich vorliegen, auch besprochen worden sind. Daß sich die reaktionäre Presse darüber erregt, ist nur allzu natürlich. Die Leute, die einen großen Teil der Schuld an dem Ausbruch des Kriegs, wie der Niederlage tragen, tun natürlich alles, um die Aufmerksamkeit der Massen von ihren Vergehen gegen das deutsche Volk abzulenken. Deswegen verfahren sie gleich dem verfluchten Ganer, der schreit: Sallet den Dieb!

So behauptet die Kreuzzeitung, die deutsche Regierung habe ein Interesse daran, die früheren Leiter der deutschen Politik als die Schuldigen an der Weltkatastrophe hinzustellen. Sie bedürfte dessen, um sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, denn es sei ihre Schuld, daß sie Deutschland durch die Revolution machtlos gemacht und wirtschaftlich zugrunde gerichtet habe. Es ist eine politische Verleumdung der ärgsten Art, wenn der Revolution die Schuld an der Niederlage Deutschlands gegeben wird. Wer so tut, als ob er nicht einsehen kann, daß im Herbst 1918 die Lage Deutschlands in dem Maße aussichtslos war, der verkleidet entweder seine

Augen gewaltsam vor unabweisbaren Tatsachen oder es liegt bei ihm ein Maß von Einfichtlosigkeit vor, das nicht zu überbieten ist.

Keine wie immer geartete Regierung konnte im Herbst 1918 die Niederlage Deutschlands verhindern und eine Hinausschiebung des Waffenstillstandes hätte nur dazu geführt, daß noch schwerere Opfer an Gut und Blut hätten gebracht werden müssen, ohne daß auch nur die geringste Aussicht bestand, mildere Bedingungen zu erreichen. Das deutsche Volk dürfte nicht so vergeßlich sein, daß es sich von den Worten der Kreuzzeitung einreden läßt, die jetzige deutsche Regierung sei Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands, und wenn die Kreuzzeitung die Schuldigen an der Revolution sucht, so wollen wir sie daran erinnern, daß ihre agrarischen Freunde durch die Zurückhaltung von Lebensmitteln und den Hunger nicht wenig dazu beigetragen haben, die Volksmassen auf Aufruhr zu empor zu heben und daß es das von den Konterbattisten stets verteidigte, in unserm Heer herrschende System war, das den gemeinen Mann rechtlos machte und Unmut und Verzweiflung in den Massen der Soldaten herbeigerufen hat. Wenn die Herren von der Kreuzzeitung die Revolution hätten vermeiden wollen, so hätten sie dafür sorgen müssen, daß rechtzeitig die Angehörigen der breiten Massen draußen und drinnen als gleichberechtigter Bürger behandelt wurden. Was zum letzten Augenblick aber haben sich gerade diese Leute gegen jede Erweiterung der Volkssrechte gestäubt und haben von der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nichts wissen wollen. Sie haben kein Recht, andern Leuten die Schuld an der Revolution zuzuschreiben.

Jahrmarkt!

Zu den Blättern, die der Revolution und der republikanischen Regierung die Schuld für den kommenden unangenehmen Frieden aufzubürden suchen, gehört selbstverständlich auch der Dresdner Anzeiger. Geben wir nur eine Blüte heraus, die sich in seiner heutigen Morgenausgabe befindet:

Es besteht also im allgemeinen wenig Hoffnung, daß ein Erfolg der deutschen Gegenentwürfe zu erreichen sein wird und man muß sich auf alle Eventualitäten einrichten. Es liegt untrüglichen auf der Hand, daß die deutsche Regierung ihre Konsequenzen klar zu ziehen hätte. Anstatt des Wilsonfriedens würde die brutale Macht aller Theorien und allen Hoffnungen der Friedensutopisten entgegen wieder einmal gesetzt haben, wie es im Verlaufe der realen Geschichte regelmäßig gewesen ist. Diejenigen Männer

Die Abwehrbewegung im Rheinland.

Erzberger hat dem General Nudant, dem Leiter der französischen Waffenstillstandskommission, einen sehr energischen Protest überreicht, in dem dagegen Einspruch erhoben wird, daß die französischen Behörden das Treiben der rheinischen Hochverräter begünstigen. Auch die heftige Regierung erhebt Einspruch gegen die Verleumdung der französischen Militärbehörden, den wahren Willensausdruck Rheinlands zu knebeln. Die Demonstration gegen die Abtrennungsbestrebungen in den besetzten Gebieten gehen inzwischen fort. In Wiesbaden soll der Herr von Stein inzwischen wieder freigelassen worden sein. Arbeiterführer haben von der Besatzungsbehörde verlangt, daß sie sich außerhalb der Bewegung stellen und öffentliche Volksversammlungen genehmigen, eine Forderung, die abgelehnt worden ist. In Mainz demonstrierten Tausende von Arbeitern vor dem Stadthaus gegen die Verhaftung der Genossen Aulung, Schilbach und Joch.

In Höchst hat die Bürgerchaft einen Abwehrstreik begonnen. Eine Ansammlung von 5-6000 Personen bewegte sich durch die Stadt. In Wiesbaden sind die Eisenbahnwerke geschlossen. Auch in der Pfalz fanden große Demonstrationen statt, an denen sich viele Tausende beteiligten. Viele Betriebe sollen geschlossen haben.

Die Pfälzer Beamtenchaft hat beschlossen, im Falle der Ausrufung einer unabhängigen Republik diese nicht anzuerkennen und allen Aufträgen einer neuen Regierung nicht Folge zu leisten. Die französischen Behörden haben den Beamten einer deutschen Stadt gedroht, daß die am Generalfreik Beteiligten mit 5 Jahren Zuchthaus und Deportation bestraft werden sollen. In Koblenz sind 60 Deutsche verhaftet worden.

In Wiesbaden mißhandelte ein französischer Offizier einen Straßenbahnfahrer, der auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Reitpeitsche. Der Führer berief dem Offizier mit einer Kugel einen so heftigen Schlag, daß ihm der Schädel gerätümmert wurde und der Offizier tot zusammenbrach. Da die französischen Soldaten der drohenden Haltung des Publikums wegen den Mann nicht festzunehmen wagten, ist er entkommen.

In Frankreich herrscht über die Proklamtion der rheinischen Republik große Freude. Im Tempel wird zwar behauptet, daß eine Restauration Deutschlands nicht beabsichtigt sei, sondern daß die rheinische Republik nur

aber, bis in der Hoffnung auf den Gerechtigkeitsstern und auf die angeblichen Ideale der Gegner die Rolle der Regierung übernommen haben und sie besser fortzuführen glaubten, als es dem alten System in Deutschland möglich gewesen ist, müßten dann selbst einsehen, daß ihre Politik völlig schiffbruch gelitten hat, wie das von unerschrockenen Politikern in Deutschland längst festgestellt worden ist.

Die Blätter vom Schlags des Dresdner Anzeigers wissen natürlich recht gut, daß wir den Frieden der Unabhängigkeit nicht erst forderten, als Deutschland zusammengebrochen war, und daß wir ihn hätten haben können, als die Mittelmächte auf der Höhe ihrer militärischen Kraft standen. Damals gehörte der Dresdner Anzeiger zu dem Chorus, der denselben Wilsonfrieden verpönte und ablehnte, den er heute als einzige Rettung Deutschlands ansieht. Diese Leute scheinen seit dem August 1914 nach „konsequenter Politik“, eine Sehnsucht, die verständlich ist, denn sie selbst torsten seit jeher von einem gemeingefährlichen Unfinn zum andern.

Was hat nicht allein der Dresdner Anzeiger gefürchtigt! Einen Monat nach Kriegsausbruch forderte er förmlich: „Belgien bleibt unzer!“ — heute erklärt er die Annerkennungsbestrebungen der Entente für unmenschlich und barbarisch. Er verpönte die „russische Soldatenarmee“, die schon 1916 als ein Millionenheer in Frankreich stand. Er konnte aber keine nationalitische Kampagne nicht hinaussehen, konnte sich eine deutsche Niederlage nicht denken, grih in seinen täglichen siegesrühenden Reden bis auf Homer zurück, ging mit Bismarck schliefen und stand mit Dönan auf. Er forderte während den verurteilten U-Bootskrieg und schwahte allen Ehrgeiz an. Was heute ist kein Engländer am U-Bootskrieg verhängert, aber die den Krieg rasch entscheidenden Amerikaner bekamen wir auf den Hals. Was tat das brave, weißschauende Anzeigerblatt? Es verpönte Wilson, die Amerikaner und half nachweisen, daß die Amerikaner nennenswerte Truppenmassen gar nicht transportieren könnten — bald darauf standen auch schon an die Million tadellos amerikanischer Mannschaften in Frankreich. Heute kreist das Blatt angelehnt des Berliner Gewaltfriedens: Wo bleibt der Wilsonfriede, wo bleibt die Gerechtigkeit? — und trat vor reichlich Jahresfrist für den West-Blowitzer Gewaltfriedens ein! Was in dieser Art vier Jahre lang inszeniert wurde, war politischer Jahrmarkt mit allen Sanswursterien.

Daß solche, vom Gang der Ereignisse bis über die Ohren blamierten Europäer noch den Mut haben, anders irgendwelcher Schuld am Unglück zu geben! Ach, es fällt der Anzeiger ja auch schwer, darum läßt er sich die alldeutschen Fallschirmzuzüge neuerdings aus Berlin telephonieren. Denn etwas muß er ja schließlich tun, um die anjähligsten Spuren seiner Kriegsdummheiten zu verwischen.

der preussischen Herrschaft entziehen wollte. Aber der Intrantsegeant läßt deutlich erkennen, worauf die französischen Pläne hinausgehen. In 15 Jahren wird es für Deutschland zu spät sein, die Einigung Deutschlands wieder herzustellen. Frankreich will sich im Rheinland einen Pufferstaat schaffen, den es gegen Deutschland gebrauchen kann. Gerade daraus geht hervor, wie gefährliches Spiel die Leute treiben, die sich in den Dienst der Losreisungsbestrebungen gestellt haben.

Bezeichnend ist übrigens, daß die Losreisungsbestrebungen von Männern gefördert worden sind, die in der Redaktion der Rheinischen Volkszeitung saßen, also in einem Blatt, das während des Kriegs nicht laut genug in die alldeutsche Trompete blasen konnte. Der Vater Frohberger, der bei den Losreisungsbestrebungen eine führende Rolle gespielt hat, ist zwar nun endlich aus der Redaktion der Rheinischen Volkszeitung ausgetreten, aber es ist immerhin merkwürdig, wie es passieren konnte, daß der Redakteur der ehemaligen mit so starken alldeutschen Neigungen behafteten Rheinischen Volkszeitung den Zerplitterungsgehilfen der Gegner Deutschlands solche Dienste leisten konnte. Ueberhaupt sind ja die Losreisungsbestrebungen im Rheinland ein glänzendes Beispiel dafür, wie wenig man auf die patriotische Gefinnung gewisser Kreise geben darf. Man wird kaum mit der Annahme fehlergehen, daß so mancher der Herren, die jetzt den Franzosen bei der Gründung des rheinischen Pufferstaates Hilfe leisten wollen, im Kriege zu den Leuten gehört hat, denen Deutschland nicht groß genug sein konnte.

Gegen den Bruch des Waffenstillstandes.

Berlin, 3. Juni. Ueber den Hochverrat am Rhein hat der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission Reichsminister Erzberger an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spa Generalmajor Freiherrn v. Hammerstein heute folgendes gedruckt:

Erzuche Sie, nach heute folgendes zur Kenntnis an Paris zu bringen. Die deutsche Regierung hat sich über die von den französischen Behörden in Spa Generalmajor Freiherrn v. Hammerstein heute folgende geäußerten Aussagen, daß französische Besatzungsbehörden im rheinischen Gebiet unter Mißbrauch der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Befugnisse hochverräterische Bestrebungen in den besetzten Gebieten fördern und unterstützen. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß sie infolge der Lage

Waffen der Verbündeten nicht in der Lage ist, diese Untersuchungen über die ihr zugegangenen Nachrichten in den besetzten Gebieten anzustellen. Sie muß sich daher auf die ihr zugegangenen glaubwürdigen Berichte stützen. Demnach haben polnische einflussreiche Persönlichkeiten, die Generalauftrag vom Volke hatten, wiederholt Erklärungen über die Aussendung einer rheinischen Republik und über die Auflösung der rheinischen Republik vom Deutschen Reich geführt, und zwar mit dem französischen Offizier General Mangin, General Gerard, Oberst Binot und Hauptmann Rosta. Französische Behauptungen haben auch behauptet, daß am 1. Juni 1918 über die Aussendung der rheinischen Republik angeordnet worden war, während andere Behauptungen es verneinen haben. Die von der deutschen Regierung am 29. Mai erlassene Erklärung vor hochvertraulichen Kreisen zu veröffentlicht. Nach den 5. 8. 1918 der Reichsregierung bekanntgewordenen Nachrichten wurde am Sonntag vormittag der Aufruf zur Gründung einer rheinischen Republik in Mainz veröffentlicht, unterschrieben von namentlich unbekanntem Ausführender. Die Veröffentlichung hat, um ihren Widerspruch zum Ausdruck zu bringen, die meisten Blätter wieder abgedruckt. Französische Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Neben dem, welche die Blätter besetzten, verhaftet und die zur Besetzung noch nicht freigegeben. Bei einer Vernehmung, die der polnische Konsul gegen die rheinische Republik mit Oberst Binot hatte, hat dieser einem deutschen Beamten, der all demgemäß darauf aufmerksam machte, daß die französische Militärbehörde einen Hochverrat gegen das Deutsche Reich unterstellt, erwidert, er werde den Stabes, die mit der Gründung der neuen Republik sich nicht abfinden, die Lebensmittel sperren lassen, und hinzugefügt, daß der Beamte innerhalb 24 Stunden aus dem besetzten Gebiete auszuweisen werde. Nach amtlichen Meldungen des Regierungspräsidenten Winterstein, des höchsten Verwaltungsbeamten der Rhein, ist dieser von den französischen Offizieren aus dem Rhein ausgewiesen worden. Die französischen Militärbehörden haben weiter zwei Verbrechen eines Staatsanwalts in Wiesbaden, der sich aus eigenem dem Titel eines Präsidenten der neuen Republik bekennt, an die Freieigentumskommission der Verbündeten und alliierten Mächte in Paris entsandten, in denen er u. a. gebietet hatte, nach Paris zu Verhandlungen kommen zu dürfen.

Diese Handlungen französischer Offiziersverbände stehen im schroffsten Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 und zu den wiederholten Erklärungen des Reichs als sich gegenüber dem Unterzeichneten bei den Verhandlungen des Waffenstillstands. Das Verhalten der französischen Militärbehörden stellt die schwerste Verletzung der internationalen Übereinkommen dar. Die deutsche Regierung legt gegen dieses Verhalten Protest ein und erwartet, daß namentlich in den Zeiten der Friedensverhandlungen von der Offiziersverbände alles unterlassen wird, was dazu führen mag, die erfolgreiche Verlauf der Friedensverhandlungen zu stören und unmöglich zu machen. Als Antrag zu diesem Protest bitte ich, die beauftragte, so den einmütigen Beschlüssen der Konferenz der rheinischen Länder zur deutschen Nationalversammlung und räumlichen Landesversammlung gegen die Ausübung von Sonderrechten in Rheinlanden ebenfalls dem General Rubant zur Weitergabe an Marschall Foch zu überreichen.

Reichsminister Erzberger.

Berlin, 3. Juni. Als Ergänzung des Protokolls gegen die Mitwirkung der französischen Behörden bei dem rheinischen Hochverrat hat Reichsminister Erzberger heute eine zweite Note an General v. Dammern nach Spa per Airtel:

Selbst, unregelmäßig folgende Note General Rubant zu übermitteln:

Das in meiner Note vom 2. Juni bereits charakterisierte Vorgehen französischer Truppen im Rheingebiet hemmt die deutsche Regierung in der Ausübung der Wehrmacht in den Provinzen, die französisch und verfassungsmäßig Bestandteil des Reichs und der Alliierten sind, und bestimmt ihre die Verantwortlichkeit in der Erziehung der besetzten Gebiete in den Waffenstillstandsvertrag übernommenen Verpflichtungen.

Ein Duldung dieser Mißhandlungen beruht gegen Artikel V des Waffenstillstandsvertrags vom 11. November 1918, bei dessen Unterzeichnung die französische Regierung sich verpflichtet hat, die französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet zu entfernen und die deutsche Verwaltungsgewalt wiederherzustellen.

Die Handlungswiese jener Individuen stellt sich als ein Unternehmen des Hochverrats gegen das Reich nach den Bestimmungen des Reichsverfassungsgesetzes dar.

Nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz ist das Deutsche Reichsgericht in Sachen zur Beurteilung des Verbrechens zuständig. Die deutsche Regierung hat den zur Verfolgung von Verbrechen des Hochverrats zuständigen Oberreichsanwalt in Besatzung anzuweisen, gegen die Hochverratsverbrechen das gerichtliche Verfahren einzuleiten.

Unter Berufung auf den angeführten Artikel V des Waffenstillstandsvertrags erwartet die deutsche Regierung, daß die Verbündeten und alliierten Regierungen Anordnungen treffen, daß die besetzten Gebiete von der Durchführung des vom Oberreichsanwalt eingeleiteten Verfahrens und den Anordnungen der von ihm beauftragten örtlichen Justizbehörden und Polizei-Verwaltungen keinerlei Hindernisse in den Weg legen und daß sie insbesondere zulassen, daß alle diejenigen Persönlichkeiten, die von dem Reichsgericht in Besatzung zur Verfolgung des Hochverrats beauftragt sind, die mit Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden auf die Vollziehung von Schicksalen des Deutschen Reichs aus dem bisherigen verfassungsmäßigen Verfahren arbeiten. Diese Maßnahmen sind um so notwendiger, als sie sich in dem Augenblicke an das Licht legen, in dem das Deutsche Reich die schwerste Stunde seines Daseins durchmacht und ihm eine dunkle Zukunft droht. Die Zentrumspartei hat keine Gemeinschaft mit Personen, die sich an solchem Verbrechen beteiligen. Die Anerkennung der landesmännlichen Eigenart der besetzten Gebiete, die unter keinen Umständen in Verbindung mit dem Gegner angeht, ist aber durchgehend worden. Die Zentrumspartei führt daher jeden der sich an solchen Verbrechen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an.

Das Zentrum gegen die Entzerrungs-Verordnungen.

Berlin, 3. Juni. Die Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: Die Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung hat mit Ausmer und Unterstützung Kenntnis genommen von dem gewissenlosen Erlassen einiger Verordnungen, die mit Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden auf die Vollziehung von Schicksalen des Deutschen Reichs aus dem bisherigen verfassungsmäßigen Verfahren arbeiten. Diese Maßnahmen sind um so notwendiger, als sie sich in dem Augenblicke an das Licht legen, in dem das Deutsche Reich die schwerste Stunde seines Daseins durchmacht und ihm eine dunkle Zukunft droht. Die Zentrumspartei hat keine Gemeinschaft mit Personen, die sich an solchem Verbrechen beteiligen. Die Anerkennung der landesmännlichen Eigenart der besetzten Gebiete, die unter keinen Umständen in Verbindung mit dem Gegner angeht, ist aber durchgehend worden. Die Zentrumspartei führt daher jeden der sich an solchen Verbrechen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an.

Stürbe Stimmung in Oesterreich.

Die Friedensbedingungen für Oesterreich lassen erkennen, daß dieses Land in gleicher Weise vergewaltigt werden soll, wie Deutschland. Daran werden auch die einträuglichen, überzeugenden Worte nicht ändern, die Staatskanzler Renner bei Ausrufung des Friedensvertragsentwurfs gesprochen hat.

Am Rande der Vier legen seine Gefühlsentwürfe, und wenn die Entente, um mit Renner zu sprechen, Interesse an Oesterreich nimmt, dann tut sie es nach ihrer Auffassung.

Diese Tatsache wird Genosse Renner, der sich einer Neuterklärung auf diese Weise nach Wien begeben hat, bei den Verhandlungen der Friedensbedingungen mit den Mitgliedern der Regierung zugrunde legen müssen. Sie wird ja von den bisherigen Erklärungen unterstützt. Es braucht nur an die vielfachen Verletzungen erinnert zu werden, mit denen der Verband arbeitet, mit denen er vor allem den Gedanken eines Ausflusses an Deutschland zu verhindern sucht: Lebensmittelzufuhr in reichlichem Maße, Aufhebung der Blockade, finanzielle Hilfe in Form der Bewilligung von Darlehen, Wegfall der Kriegseinsparungen und was sonst noch an Erleichterungen geboten werden sollte.

Ein Antikontingentsverbot ist in den bisher bekannt gewordenen Teilen des Vertrags nicht ausgesprochen, wohl aber wird der Name „Deutschösterreich“ vermieden. Das übrigens der Entwurf durchaus nicht so lächerlich ist, wie er anfangs erschien, wird durch eine Veröffentlichung der Times bewiesen, die in der Frage ist, ihn ausführlicher zu veröffentlichen, als es der amtliche Auszug ist. Das gilt vor allem von den Verfügungen, die der Verband über

finanzielle Fragen

getroffen hat. Als erstes und wichtigstes gelten die Kosten für das Heerwesen, dann folgen die Kriegseinsparungen. Die Kriegseinsparungen soll ihre Sicherstellung durch Einnahmen aus den Salzbergwerken und aus den Eisenbahnen erlangen; Gold darf bis zum Jahre 1921 nicht ausgeführt werden, es sei denn, daß es der Verband gestattet.

Die unmöglichen Friedensbedingungen haben in Wien einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen. Die Vorkammer verweigerte im Sinne der gesamten Mitglieder, daß die Vorse einstweilen heute und morgen geschlossen bleiben soll.

In einer Unterredung, die der Berliner Besandte Deutschösterreichs, Genosse Professor Dr. Ludo Hartmann, mit einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung hatte, sagte er, daß Oesterreich bis zum äußersten

gegen eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts

ankämpfen werde. Der Verlust an Ländern und Menschen durch die Friedensbedingungen läßt sich auf den ersten Blick noch nicht genau schätzen. Jedenfalls verliert Oesterreich mehr als 4 Millionen seiner bisherigen Einwohner. Nach einem Telegramm aus St. Germain hat der Staatskanzler die Friedensbedingungen ungefähr folgendermaßen zusammengefaßt: Nahezu alle Länder, selbst Niederösterreich, werden veräußert. Das letztere, indem man ihm die Möglichkeit nimmt, an der Schaffung eines Donau-Ober- oder Donau-Eis-kanals teilzunehmen. Alle Eisenbahnen und Straßenbahnlinien sowie Fluglinien werden veräußert. Nirgends ist eine Pufferzone die Grenze, sondern überall eine Linie unterhalb der Pufferlinie. Wo eine blühende Stadt reindeutscher Charakter sich dem fremden Sprachgebiet nur nähert, wird sie einfach annektiert. Straßen, die nur einen Sinn haben, wenn sie einheitlich verwaltet werden, sind zerrissen. Sämtliche Eisenbahnen werden zu betriebsunfähigen Sackbahnen gemacht, die in der Einde oder auf freiem Felde endigen. Deutschösterreich hat in seinen Eisenbahnen kostspielige und prächtige Verkehrseinrichtungen geschaffen. Diese Kump- und Sackbahnen kann niemand rational betreiben.

Amsterdam, 23. Juni. Nämgen Handelsbl. schreibt zu den Friedensbedingungen für Oesterreich: Der Geist, der den den Deutschen vorgelegten Vertrag beherrscht, lebt auch in dem Vertrag für Oesterreich. Die Oesterreicher, die infolge des Aufstretens des französischen Besandten Allig gemeint hatten, daß der Friedensvertrag mit Oesterreich ein guter Treffer sein würde, würden wohl nicht enttäuscht sein. Der Vertrag wird Renner und seine Kollegen davon überzeugen, daß die für sie möglicherweise vorhandene Sympathie nur einen sehr mageren Trost gewährt.

Die polnische Gefahr.

Aus Oppeln wird dem Lokalanzeiger gemeldet: Die polnischen Kriegsvorbereitungen an der oberösterreichischen Grenze nehmen ihren Fortgang. Teilsicher Grenzverkehr ist gesperrt. Die Bahnübergänge sind aufgerissen.

Massenstreik in Paris.

In Paris ist eine große Streikbewegung ausgebrochen, die auch auf die Provinz übergreifen beginnt. Ursprünglich rein wirtschaftlichen Charakters, nimmt sie immer mehr politische Formen an. Die Zahl der ausländischen Arbeiter wird von den Blättern sehr verschieden angegeben. Während die nationalpolitischen Blätter die Zahl auf 100 000 bis 200 000 schätzen, erklären die sozialistischen Blätter, es handle sich um mindestens 400 000 bis 500 000 Streikende. Ueber den Sinn der Bewegung unterrichten folgende Meldungen: Berlin, 3. Juni. Der Streik hat im Laufe des gestrigen Tages in Paris in ganz bedeutendem Maße zugenommen. Sämtliche Straßenbahnen, Untergrundbahnen, Omnibuslinien sind eingestellt. Die Angestellten der Wasserleitung, der amtlichen Polizeigewalt, der Sammelstellen, der gesamten Automobillindustrie, der Bekleidungsindustrie, der Kaufmanns-, Nationen- und Telephonfabriken sind in den Ausstand eingetreten. Der Draht der Verfallens—Paris ist dadurch beeinträchtigt, daß die Streikenden die Stromleitungen abgeschnitten haben. Ganz Paris ist ohne Licht. Die Zahl der Streikenden betrug Dienstag ungefähr zweihunderttausend. Ist aber im Laufe des Tages um weitere 100 000 gewachsen. Die Bewegung hatte bisher einen rein gemein schaftlichen Charakter, jetzt aber auch politische Ziele und zwar wird sofort jede Einstellung der Bekämpfung des Bolschewismus in Rußland und Ungarn, die Schwärzung eines Reichsfriedens an Deutschland und Oesterreich, die Aufhebung der Blockade und die sofortige Entlassung der Kriegsgefangenen gefordert.

Wien, 3. Juni. Die Wirtin mitteilt, Gerichte gestern in den Verhandlungen der Kammer große Erregung und Verwirrung über die Verhandlungen und die innere Lage. Wie Wirtin berichtet, nimmt die Bewegung auch in der Provinz zu. In Nordfrankreich liegen sämtliche Bergwerke still. In Bordeaux folgern 20 000 Arbeiter, darunter sämtliche Weinarbeiter. Am ganzen Gebiet Wroslaw, Jere und Savolen haben sämtliche Metallarbeiter sowie die Gewerkschaften der Bauarbeiter, Schmelzwerker, Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter den Streik erklärt. In Luxemburg und Genne haben mehrere Gewerkschaften sich der Bewegung angeschlossen.

Amsterdam, 3. Juni. Im Witternacht findet eine Versammlung der Transporthändler statt, die über den Generalstreik in ganz Frankreich bestimmen soll. Nachdem die Garnison von Paris bei den Kundgebungen am 1. Mai mit den Demonstrationen vielfach

jenseits der Grenze werden Schützengräben aufgeworfen. Die Schützengräben sind eingebaute. Bei der Oesterreichischen Armee sind bei Coblenz Pater in kanadischer Uniform festgestellt. Die Grenzschützengräben mehren sich täglich. Die Truppen liegen dabei in höchster Alarmbereitschaft.

Demselben Blatte zufolge trafen in Krakau fünf tschechische Blige zu je 40 Wagnern mit italienischen Geschützen großen Kalibers ein. Die Blige nahmen auf der Rückfahrt Kohlen mit.

Thorn, 4. Juni. Ansehts der bevorstehenden polnisch-deutschen Kämpfe, so meldet das Polenblatt „Przegląd Ludu“, halten die polnischen Sozialisten den Augenblick für gekommen, die Eisenbahner zum Generalstreik aufzufordern. General Salfer hat, um die Durchführung der militärischen Operationen zu ermöglichen, auf telegraphischem Wege an alle polnischen Eisenbahner eine Rundschreiben geschickt, in der er auf die unannehme Wichtigkeit der Wirtintransporthilfe für die polnischen Operationen hinweist. Die Eisenbahner seien gewissermaßen die zweite Armee, die für die Freiheit Polens steht kämpft.

Deutsches Reich.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen.

Der Vertreter am Pfingstbientag den 10. Juni soll zu einer erweiterten Kundgebung der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs werden. Einzige Vertreter Deutschlands nach Berlin, sondern woher selbst möglich, zahlreich den Kundgebungsort. Treffpunkt: Sonntag den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Ebnholzsaal im Restaurant „Hilfsgeld, Pöhlstraße (Volkshaus Weg). Verhandlungsbeginn: Dienstag den 10. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Orientalischen Seminar, Dorosteenstraße 6. — Freies Quartier bei Genossen unter Dorosteenstraße 10. Auskunft erteilt Genosse Brumann, Berlin NW 5, Dorosteenstraße 10.

Die Urteile im Prozeß Lebnac.

München, 4. Juni. Gestern wurde im Prozeß Lebnac das Urteil gefällt. Lebnac wird wegen eines Verbrechens des Hochverrats zum Tode verurteilt. Er ruft, als das Urteil verkündet wird, laut in den Saal: Es lebe die Weltrevolution. Von den übrigen Mitangeklagten wurden Dr. Salz und Botho Schmidt lebenslang freigesprochen. Die gegen sie erhobenen Haftbefehle wurden aufgehoben. Immer wird dem ordentlichen Gericht zur förmlichen Untersuchung übergeben.

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

In gutkündiger Stelle erfahren die P. A. N. von Vertretern der Lazarettinsassen Deutschlands wurde beim Friedensministerium kürzlich eine Reihe von Forderungen (Erhöhung der Löhne; und des Verpflegungsgeldes, Zahlung von Feuerungszulagen, Weiterzahlung der Räumung und des Verpflegungsgeldes bei Urlaub usw.) mit dem Entzerrung auf sofortige Bewilligung geltend gemacht. Bei der außerordentlichen Bedeutung in finanzieller Hinsicht, ist es Pflicht der verantwortlichen Dienststellen, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, ob und inwieweit die Forderungen mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs erfüllt werden können.

Die Entzerrung wird bekanntgegeben werden, sobald die Prüfung beendet ist. Die jetzt vorgetragene Forderung, daß die Forderungen abgelehnt seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen, ihre Urheber beabsichtigen offenbar, Unruhe und Verwirrung in die Reihen der Lazarettinsassen zu tragen und letztere zu Demonstrationen zu veranlassen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung werden die Lazarettinsassen dringend davor gewarnt, derartigen Einforderungen zu lauschen und durch unüberlegte Handlungen die Erfüllung ihrer Wünsche zu erschweren.

Das Reichsgericht. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Entgegen allen böswilligen Behauptungen geht aus dem jetzt der Regierung vorliegenden Urteil des Reichsgerichts hervor, daß dasselbe schon gleichmäßig mit der Verkündung des Urteils dem Antrag auf Begnadigung der Verurteilten an den Obersten Gerichtsherrn gerichtet hat. Das Gericht ist davon aus, daß das schwere Urteil nach dem zugrunde liegenden geltenden Gesetz nicht gefällt werden durfte, daß aber im vorliegenden Falle die besonderen Umstände, und nicht zuletzt die Jugendlichkeit der Angeklagten für eine solche wesentliche Milderung sprachen, für welche die Richter denn auch sofort eingetreten sind, nicht erst auf Grund der Kampagne der Linkspresse.

Belagerungszustand in Düsseldorf. Ueber Düsseldorf, Stadt und Landkreis und über Duisburg ist der Belagerungszustand verhängt worden.

gemeinsame Sache gemacht hat, hat die Regierung eine große Anzahl von Truppen, die sie als unverzichtbar hielt, in der Umgebung von Paris zusammengezogen. In den letzten Nächten sind durch Verlassen fortwährend große Abteilungen Kavallerie und auch Artillerie gezogen und es heißt, daß ganz Paris von Sicherheitskräften umstellt sei. — Der Antragsgegner schreibt, daß die Deutschen wohlweislich noch länger auf ihre Antwort warten müssen, weil Herr Clemenceau augenblicklich mit anderen Dingen zu schaffen habe.

Witold, 3. Juni. Im Kohlenbecken von Was de Calais ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Zahl der Kundstündigen beträgt 48 550. Es herrscht vollständige Ruhe.

Vor einem internationalen Generalstreik?

Wien, 3. Juni. Wie die Wiener Nachrichten aus Mailand melden, wurde in einer Zusammenkunft der Vertreter aus französischen, englischen und italienischen Sozialisten und Arbeitern einstimmig beschlossen, zwischen allen internationalen Parteien ein einheitliches Vorgehen in Form eines 24 stündigen internationalen Generalstreiks zu vereinbaren.

Ausland.

Ungarische Erfolge.

Budapest, 3. Juni. Am 1. Juni haben Budapest Truppen nach hervorragender artillerischer Vorbereitung die nordlich der Theiß stehenden Reste der Rumänen geschlagen. Dadurch haben sie dem Verbindungsband zwischen der rumänischen und der tschechischen Front durchbrochen. Sie besorgen die Truppen auf der ganzen Linie, England.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Amsterdam, 3. Juni. Dem Nämgen Handelsbl. zufolge wurde im englischen Unterhause mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in England über eine Million beträgt. Die Zahl der arbeitslosen Kriegseinsparungen beträgt 408 000.

Königs-Diele
 in der ersten Etage des Café König
 am Bismarck-Deskmal.
Täglich Konzert von 3 1/4 Uhr an
 Eintritt 3 Uhr.
 8189 Gustav Mühlbach.

Münchener Löwen-Bräu
 Morichstraße 1 Landhausstraße
 Münchener
 Vielfaches Familienlokal mit anerkannt guter Küche
Täglich v. 6-11 Uhr Künstlerkonzert
 Salonorchester Max Scholz.

Kaffee Kasino, Seestrasse
 Nachm. Salon- u. Opernmusik, abds. Heiteres Programm
 Kasino-Kapelle - Leitung: Konzertmeister Ernst Haast
 im belebten Wein-Salon "Trionon"
 Zeitgemäße Musikvorträge.

Kaisermühle.
 Entzückend feinste Waldlinge im oberen Sächsischen. Mit dem kleinen Hof den Grund anwärtig. Schöner Aussichtspunkt. Gute Mittag- und Kaffeestunden.

Brieznigbad, am Hauptplatz
 Donnerstags den 5. Juni 7 1/2 Uhr
Gr. Militärkonzert.

Königshof-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr
Mizzi und Muzzi
 Operette von H. G. Dellner. Musik von Brenner.
 In der Titelfolge die Damen M. Staff und E. Hambeck.

MUSENHALLE
 Ober. Sächsis. Refektorium Ste. 17. Straßenbahnlinie 7. 13. 17
 Täglich 7 1/2 Uhr. Der neue Lachschnee, der
Der Taugenichts! Schwan-Operette in 4 Akten.
 Regie: H. G. Dellner. Musik: H. G. Dellner.
 In der Titelfolge die Damen M. Staff und E. Hambeck.

Palmengarten, Strasse 26
 Verschiedene Tanzkabinen in Dresden mit Wintergarten und Terrasse.
 Morgen von 4 bis 11 1/2 Uhr an

Donnerstags - Tanz.
 Besondere Preise liegen aus.

Reichshallen Palmstraße 15
 Sonntag Großer öffentl. Ball
 Täglich Variété-Ensemble Locomotiv
 Sonntag 8 Uhr, Montag 6 Uhr.

Gasthof Wölfnitz
 Heute Mittwoch 7 Uhr
Großes Garten-Konzert
 von der Kapelle des Herrn Musikleiters Göttsche.
 Im Saale ab 6 Uhr

Oeffentlicher Ball.
Schweizerhäuschen
 Schweizer Straße 1, nahe Chemnitz Straße.
 Mittwoch Großer öffentl. Ball
 von 8 Uhr an

Ballsaal Deutscher Kaiser
 Leipziger Straße 112.
 Jeden Sonntag u. Donnerstag Großer öffentl. Ball
 Konzertsaal 10 Kanarinen 1.- u. 2. Cl. Eintritt 9 Pf.

Hollaeks Etablissement
 Morgen Donnerstag
Vornehme öffentliche Ballmusik
 Laurentian. 1200 Laurentian.

Waldschlößchen-Terrasse.
 Schillerstraße 63 - Straßenbahnlinie 9 u. 11.
 Heute Mittwoch von 6 Uhr an

Großer Ball-Betrieb.
Schänkhübel, Klotzsche.
 Alltags-Öffentl. Tanz-Musik.
 Das schmackhafte Bier in Dresden Umgebung.
 Für Vereine empfehlenswert.

Grüne Wiese, Brunn
 Heute Sonntag von 8 Uhr an und Donnerstag von 6 Uhr an
Schneldigste Ballmusik

Mode Neuheiten

Stragen, Rollform, Glas-
 muld, mit Spitzen verziert
 Preis M 2.25
 Jabot mit Bändchen, Tüll,
 mit zarten Mustern, in ver-
 schiedenen Ausführungen 3.60
 Stragen, Liegeform, Glas-
 muld, mit reizender Stiderei
 Preis M 4.40
 Stragen, Liegeform, gefädelter
 Batist, mit feiner Klöppel-
 spitze geziert M 8.-
 Stragen mit Jabot, kleidsame
 Form, Glasmuld mit Tüll
 und fein gefädelte M 12.65
 Jabot mit Bändchen, aus
 Tüll gefertigt, in reizender
 Ausführung M 13.75

Die hier ange-
 gebenen Waren
 sind mit dem
 Hinweis "Be-
 lungungsangebot"
 versehen und
 können auf Ver-
 langen jederzeit
 vorgezeigt
 werden.

Renner
 Dresden Altmarti

Rennen zu Dresden
 Pfingstmontag den 9. Juni 1919, nachm. 2 1/2 Uhr
6 Rennen = M. 64500 Preise.

Totaler Auftrieb für die Rennen zu Dresden werden um 11 Uhr bis zwei Stunden, für aus-
 wärtige Rennplätze bis drei Stunden vor Beginn der Rennen in der Wettannahmestelle, Dresden,
 Prager Straße 4, angenommen.
 Alle Näheres siehe Rennprogramm! Sekretariat des Dresdner Rennvereins.

Briesnitzer Stahlquelle, G. m. b. H.
 Postamt Dresden 29. Telephon 15528.
 Infolge grosser Betriebserweiterungen stets prompteste Lieferung auch
 der grössten Quantitäten
Briesnitzer Sauerbrunnen u. Limonaden
 In hervorragender Qualität bei billigen Preisen in Folge Fruchtsparsnis. Anfahr
 durch eigene Gespanne. Bestellungen durch Postkarte unfrankiert od. Tel. 15528
 erbeten. Auf Wunsch sofortiger Besuch des Heilbrunnens.

Gasthof Vorstadt Seidnitz, Gaststation
 Neben Sonntag und Mittwoch
Ballmusik. Eintritt 10 Pf.

Schänkhübel, Klotzsche.
 Gaststation Linie 7. - - - - - Beide Wochentage im Waldpark
 Sonntag 7 Uhr. **Frühkonzert.** Eintritt frei.

Glyxium • Räcknig • Linie 6
 Am 3. Juni der beliebteste
Donnerstags-Ball.
 Eintritt: Damen 1.00 M., Herren 2.- M., Tanz frei.

Zentralhalle. Damenball.
 Heute Mittwoch
 4 Uhr

Ab Donnerstag:
Fern Andra
 in dem grossen
 Kunstfilm
Zwei Menschen
 Drama aus d. Künstler-
 leben in 5 Akten.
Spannende Ringkampfszenen.
Teddy hat einen Nervenanstfall
 Lustspiel in 3 Akten mit
Paul Heidemann.
Vaterland-Lichtspiele
 Freiburger Platz 20

Flora-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Frühlingsluft
 Sonntag u. Mittwoch
Ballhaus-Ball
 Wälbauer Str. 85. 1200

Anfertigung
 sämtlicher
Haararbeiten
 Zöpfe, Teile usw.
 im Haaratelier
 Dresden K., Rübchenstraße 21
 Bernauer 17943. 1200

Solzen-Platten
 Anstell-Eisen
 Gas-Platten
 wieder einzuwickeln. 1154
Otto Graichen
 Leipzigerstr. 15
 Zentraltheater-Gehege.

Nähmaschinen
 werden gut und billig repariert
 Fabrikant- u. Preisliste Str. 123. 1200

**Sommer-
Hüte**
 zum Umkleen
 auf neueste Art
 man nimmt
 entgegen

H. Hensel
 Zinzendorfstr. 51

Willi Beutlers Gastspieltheater
 bisher Volkswohltheater, Dresden.
Gebrochene Blüten
 Mittwoch den 4. Juni in Coswig, Börsen, und
 Freitag den 6. Juni in Kötzschenbroda, Goldner Aker.

Erbgericht Niederpoyritz
 Morgen
 Feiner Gesellschaftsboll. Nach Schluß Strassenbahnverkehrs
 Sonntag
Goldne Krone, Strehlen
 Neben
Feiner Ball. Heute
 Donnerstag
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Kurt Meyer.

Kammer-Lichtspiele
 Ab Donnerstag:
Lotte Neumann
 und
Karl Beckersachs
 in
Herzensopfer
 Tragödie in 4 Akten.
**Eine halbe
Stunde Vater**
 Lustspiel in 2 Akten.

Wir laufen uns
 nicht mehr wund
 seit wir d.s.
 unschädliche
 von vielen
Armee-Fussstrepulver
Pedelin
 verwenden!
 set 100 g glänzend befeuchtet
 Wirkung überraschend und angenehm.
 P. Schochert, Chem. Fabrik, Bischofswerda
 Post 80 und 90 Pf. in Apotheken und Drogerien
 Wo nicht erhältlich. Freie Zusendung gegen 1

Rucksäcke
 5.00, 7.50, 8.00, 8.50, 10.50, 15.00
 bis 22.00
Reisetaschen mit vierfachem
 Verschluss
 13.50, 15.00,
Kunstleder 16.50, 18.00 bis 32.00
 Imprägniertes
 25.00, 27.50, 28.00, 30.00
Isolierflaschen
 mit Bodenschutzring sowie Hals- u.
 Gummilabdichtungerring
 halten Getränke 24 Stunden heiss oder kalt,
 ebenso praktisch für Wanderbedarf und Bergsteiger
 als für den Hausgebrauch!
 ohne 8.50 12.00
 1/4 1/2
 Schugring 6L 6.50 6.75, 7.50 10.50
J. Bargou Söhne
 Wilsdruffer Strasse 54 und am Postplatz.

Aluminium, Emaille, Friedent-Qualität
H. Hensel
 Zinzendorfstr. 51
 Dresden K., Gr. Bräuerstr. 8, 1200